

Abgebundene Gerüste.

Von Architekt Willy Mohrenberg in Breslau.

Abgebundene Gerüste oder verbundene Gerüste bestehen im Gegensatz zu den Stangenrüstungen aus geschnittenem Kantholz. Sie werden meist dann angewendet, wenn die Schauseite eines zu errichtenden Gebäudes aus natürlichen Steinen — besonders Sandstein — hergestellt oder doch mit solchen verblendet wird, um überall Winden zum Heben und Fördern der Steine aufstellen zu können.

Nach § 13, Abschnitt 7 der Breslauer Bauordnung sind abgebundene Gerüste nach den Regeln der Zimmerkunst zu bearbeiten, zu verbinden und aufzustellen — nur bei derartigen Gerüsten ist die Aufstellung von Windevorrichtungen zur Beförderung schwerer Lasten zulässig. Auch ist vor Aufstellung solcher Gerüste (nach § 1, Abschnitt 9) der Baupolizei Meldung zu erstatten und zu gleicher Zeit (§ 4, Abschnitt 13) die Widerstandsfähigkeit gegen Winddruck nachzuweisen, wenn die Gerüsthöhe mehr als 12 m beträgt.

Sonst sind auch abgebundene Gerüste für größere Gewölbe, Unterführungen, Brücken, Kirchenbauten usw. herzustellen, bei deren Bauweise man überall berücksichtigen muß, daß bei einer durchaus sicheren Standfestigkeit möglichst wenig Holz gebraucht wird und die dazu verwandten Hölzer wenig verschnitten werden.

Die Verbindung der verschiedenen Hölzer untereinander ist demnach vorwiegend durch Schraubenbolzen und eiserne Nägel herzustellen, nicht aber durch Bohrzapfen, die das Holz unnötig schwächen und seine Wiederverwendung in Frage stellen.

Die Rüstungen sind in sich selbst abgebunden und benutzen nicht, wie die Stangenrüstungen, die neuen Mauer als Auflager der Riegel. Die abgebundenen Rüstungen können daher unabhängig vom Bau vollständig fertig aufgestellt werden, die Stangenrüstungen da-

gegen nur immer je dem Baufortgang entsprechend, weil sie die fortschreitende Mauer als Auflager benutzen müssen.

Es ist zu beachten, daß die Tiefe der Gerüste so angenommen werden muß, daß außer dem Raum für die aufzuführende Mauer noch genügend Platz zum Aufwinden sämtlicher Baustoffe vorhanden bleibt.

Der Quer- und Längenverband wird durch Kreuzstreben hergestellt, die mit den Säulen durch Bolzen verbunden werden. Bei den Querverstreben ist es für die Errichtung eines Bauwerkes von großem Vorteil, wenn sie so angeordnet werden, daß sie möglichst durch die Fenster- und Türöffnungen gehen, wie es in Abb. 1 veranschaulicht ist. Abb. 2 zeigt dagegen eine Rüstung für ein schon vorhandenes Gebäude, wobei die erstere Anordnung (wie bei Abb. 1) Schwierigkeiten bereiten würde.

Die Stöße der Rähme sind durch überbolzte Sattelhölzer zu verbinden und die Rähme an den Säulen durch Knaggen, welche aus starken Bohlenstücken bestehen, zu unterstützen. Die Querhölzer werden als Zangen behandelt und sind ebenfalls durch Bolzen zu befestigen. Die obersten Querhölzer müssen so angeordnet werden, daß sie 1 m Überstand erhalten, um den Fußboden des Lauisteges an der Kurbelseite der Winde aufzunehmen. Nach § 17, Abschnitt 3, der Bauordnung müssen die Förderwege und Gänge eine Breite von mindestens 1 m haben und müssen letztere selbst, und zwar in ganzer Ausdehnung, mit Rüstbrettern abgedeckt werden (Zwischenböden) und Öffnungen zur Beförderung von Baustoffen müssen mindestens an zwei Seiten mit festem Geländer versehen sein.

Wie Abb. 1 zeigt, werden auf die obersten Querhölzer zwei Langhölzer angebracht, die zur Aufnahme der Schienen für den Wagen der Winde dienen, sowie gleichzeitig als Rahm für die senkrechten Säulen, auf welche sie durch gegengelenagelte Brettstücke befestigt werden.

Die Rüstung nach Abb. 2 ist so durchgebildet, daß sie nur außerhalb des Gebäudes aufgestellt werden kann. Sie bietet weit weniger freien Raum zur Bewegung mit den aufzuwindenden Werkstücken, als wenn sie die Ausführungsweise der Abb. 1 erhalten hätte. Die Balken werden auch hier nicht als Zangen, sondern wie gewöhnliche Balken behandelt.



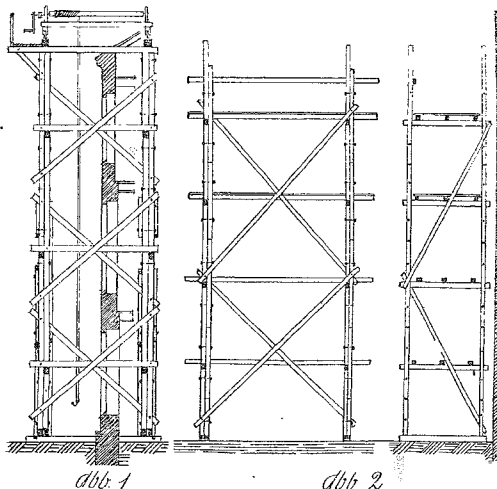
Landhaus in Oberseidorf i. Rsgb.

Architekt Herbert Strumff in Breslau.

(Abbildungen auf Blatt 163 v. 164.)

In landschaftlich bevorzugter Gegend, im Hintergrund das Riesengebirge mit der Schneekoppe, in schönsten Hochwalde und mit einem herrlichen Fernblick ins Hirschberger Tal liegt das dargestellte Landhaus.

Eine sich über die ganze Langseite erstreckende Halle ist dem Wingang, durch den man das Haus betritt, vorgelagert. Man gelangt weiter in eine behagliche Diele, von der aus die beiden nach Süden liegenden geräumigen Wohnzimmer, die Küche und der Abort zugänglich sind. Küche mit Wohnzimmer sind durch eine



Anrichte verbunden. Von der Küche aus erreicht man über einen kleinen Nebenraum hinweg, der unter dem Treppensatz liegt, die geräumige Speisekammer und den Kellereingang.

Im Obergeschoß liegen drei Schlafzimmer, mit Eikern und eingebauten Wandschränken ausgestattet, das Mädchenzimmer sowie das Bad. Über diesem Geschoß liegt nach Süden noch ein großes Fremdenzimmer, Trocken- und Spitzboden.

Der Keller enthält Vorrats- und Kohlenräume und von außen besonders zugänglich, Waschküche und Plättstube.

Der äußere Aufbau ist als Putzban mit Kalkmörtelputz, Granitsockel und ebensolchen Pfeilern der Vorhalle gehalten. Die Dächer werden in Fachwerk ausgebildet; das Dach mit roten Biberschwänzen in Rundschnitt eingedeckt. Alles Holzwerk ist braun lasiert und gibt mit dem roten Dache, dem hellen Putz und blauen Granit ein anheimelndes Gesamtbild, das sich der Umgebung trefflich anpaßt.

Die Baukosten, einschl. für Einfriedung, Be- und Entwässerung mit Anschluß an die Leitungen, elektrisches Licht, teilweise eingebauter Einrichtung und Architektengebühr, belaufen sich bei gediegener Ausführung auf 20 000 *ℳ*.



Die Wertberechnung bebauter Grundstücke.

Von Architekt Emil Kusche in Stallupönen.

Nach der Entscheidung des Preussischen Oberverwaltungsgerichtes VIII. Senat vom 8. Juli 1910 — VIII. C. 117. 03 ist bei Feststellung des Wertes eines bebauten Grundstückes, sofern es sich um sogenannte Miethäuser handelt, nur der Mietsertrag zugrunde zu legen. Unter „Gemeiner Wert“ ist der Preis zu verstehen, für den das Grundstück unter gewöhnlichen Verhältnissen verkauft werden kann. Der dem Käufer zuzubilligende Überschuß, d. i. der jährliche Verdienst aus dem Grundstück, ist in Rechnung zu ziehen, ebenso die Verzinsung der bei jedem Besitzwechsel entstehenden Kaufunkosten, wie Stempelsteuer, die Umsatzsteuer, Notariats-Gerichtskosten usw.

Hiernach ist mit der sonst üblichen Art der Wertberechnung gebrochen worden. Bisher stellte man fest:

1. Den ideellen Wert, — d. h. man schätzte den Wert des Baulandes und den Wert der Gebäude, — und 2. den realen Wert, — d. h. man errechnete den Wert nach dem Mietserrtrag, der aus dem Grundstück erzielt wurde —.

Von diesen beiden Ergebnissen nahm man das arithmetische Mittel (den Mittelwert) und erhielt so den angenehmen Wert des Grundstückes.

Über die Richtigkeit dieser Berechnungsart jetzt noch zu streiten erübrigt sich, da sie nach der oben angeführten Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes ihre Gültigkeit verloren hat.

Ich benütze für gutachtliche Wertberechnungen bebauter Grundstücke schon seit Jahren eine Formel, die den Vorteil hat, leicht verständlich zu sein und jeden Punkt der geforderten Feststellungen berücksichtigt.

Da der Mietsertrag als Grundlage der Berechnung dienen soll, so muß die Feststellung derselben auf das Gewissenhafteste geschehen. Es ist dabei zu beachten, daß auch der Mietswert für Räume, die der Eigentümer

selbst inne hat, festgestellt werden, und dieser Betrag in dem Gesamt-Mietsbetrag enthalten sein muß.

Aus dem Gesamt-Mietsbetrag sind nun sämtliche Unkosten, die das Grundstück erfordert, zu decken und auch der dem Käufer zuzubilligende Überschuß, der Verdienst aus dem Eigentum.

Als Unkosten gelten zunächst:

Die laufenden jährlichen Ausgaben und die zur Erhaltung der Gebäude notwendigen Ausgaben, — z. B. die Grundwert- und Gebädesteuern, die Gebühren für vorhandene Kanalisation, Wasserleitungen, Gasanlagen usw., die Kosten für Reinigung der Treppen, der Höfe, der Bürgersteige und der Rauchröhre, für Abfuhr von Müll, Asche, für Entleerung der Abortgruben u. a. m., — dann die Kosten für die bauliche Erhaltung der Gebäude. (Umbauten jedoch und Verbesserungen, wie die Neueinrichtung von Gas- oder elektrischer Beleuchtung, das Belagern der Treppen mit Linoleum oder Läufern gehören nicht zu den laufenden Unkosten. Nur wenn vorhandenes Linoleum oder vorhandene Läufer ergänzungsbedürftig sind oder erneuert werden müssen, gehören diese Kosten zu den laufenden Unkosten.) Als Unkosten gelten auch in Städten die unvermeidlichen Mietaufschläge für leerstehende Wohnungen, — nicht aber Mietaufschläge, die durch zahlungsunfähige Mieter entstanden sind, denn es handelt sich nicht darum, den Wert festzustellen, den das Grundstück für den jeweiligen Besitzer hat, sondern den Wert, den das Grundstück bei richtiger Verwaltung haben soll.

Kosten, die für Erneuerung von Hypotheken entstanden sind, zählen ebenfalls zu den Unkosten. Es ist dies ein Umstand, der meistens zu wenig gewürdigt wird. Diese Beträge sind oft bei zweitstelligen Hypotheken in Großstädten recht erhebliche.

Wird das Grundstück von dritter Hand veräußert, so sind auch diese Kosten als Unkosten in Rechnung zu stellen.

Sind diese laufenden Unkosten von dem Besitzer ordnungsmäßig gebucht, so hat derjenige Sachverständige, welcher mit der Wertschätzung beauftragt ist, jeden einzelnen Posten zu prüfen und diejenigen auszumerzen, die unter den Begriff Umbauten, Vergrößerungen oder Verbesserungen fallen. Alsdann sind die Unkosten der drei letzten Jahre zu nehmen und aus deren Gesamthöhe der durchschnittliche Jahresbetrag festzusetzen.

Fehlt solche Buchführung, so müssen diese Unkosten geschätzt werden. Sie belaufen sich im Durchschnitt auf 20 v. H. des Mietertrages.

Weiter gehören zu den Unkosten: Die Zinsen für die erste Hypothek, deren Höhe in den meisten Fällen feststehen dürfte. Bei Neubauten, bei denen die Hypotheken noch nicht geregelt sind, kann der angenommene Mietsbetrag je nach Ort, Zeit und den Umständen mit der Zahl 9 bis 13 vervielfältigt werden, um so die Höhe der voraussichtlich zu erhaltenden erststelligen Hypothek, die gewöhnlich mit 4½ v. H. zu verzinsen ist, zu ermitteln.

Der Gesamtbetrag der Unkosten und die jährlichen Zinsen für die erste Hypothek werden nun zuerst von dem gefundenen Mietserrtrag abgezogen.

Zum Beispiel: Der Mietserrtrag betrage 13 000 *ℳ*. Dann sind die Unkosten zu schätzen auf $13\,000 \times 20 \text{ v. H.} = 2600 \text{ } \mathcal{M}$. Die erste Hypothek wird voraussichtlich in der Höhe von $13\,000 \times 11 = 143\,000 \text{ } \mathcal{M}$ zu erhalten sein. Die Zinsen für diese 1. Hypothek betragen alsdann $143\,000 \times 4\frac{1}{2} \text{ v. H.} = 6435 \text{ } \mathcal{M}$. Unkosten und Hypo-

Hilf! Deinen Söhnen und Brüdern im Felde! Zeichne Kriegsanleihe!

thekeinzinsen zusammen ergeben $2600 + 6435 = 9035 \text{ M.}$
Dies vom Mietertrage abgerechnet, verbleiben noch
 $13\,000 - 9035 = 3965 \text{ M.}$

Von diesem Betrage sind nun zu decken:

1. Die Zinsen für die weiteren Hypotheken und für die Anzahlung, die gewöhnlich 5 v. H. Zinsen erfordern bzw. mit 5 v. H. in Ansatz gebracht werden können. Setzt man für den Wert des Grundstückes = W, so ergibt sich hierfür:

$$(W \text{ weniger der 1. Hypothek}) \times 5 \text{ v. H.} = \\ (W - 14\,300) \times 5 \text{ v. H.}$$

2. Die Zinsen (zu 5 v. H.) für den Betrag der Kaufunkosten, die mit 3 v. H. des Wertes in Rechnung gestellt werden können. Sie betragen also:

$$W \times 3 \text{ v. H.} \times 5 \text{ v. H.}$$

und

3. der dem Käufer zuzubilligende Überschuß mit $W \times 1 \text{ v. H.}$

Auf Grund dieser Feststellungen ergibt sich folgende Gleichung:

$$(W - 1. \text{ Hypothek}) \times 5 \text{ v. H.} + W \times 3 \text{ v. H.} \times 5 \text{ v. H.} \\ + W \cdot 1 \text{ v. H.} = 3965 \text{ M.}$$

oder $\frac{(W - \text{Hyp.}) \cdot 5}{100} + \frac{W \cdot 3}{100} \cdot \frac{5}{100} + \frac{W}{100} = 3965$

$$\left\{ \begin{array}{l} 5 W - 5 \text{ Hyp.} + 0,15 W + W = 100 \cdot 3965 \\ 6,15 W = 100 \cdot 3965 + 5 \text{ Hyp.} \\ 1,23 W = 20 \cdot 3965 + \text{Hyp.} \end{array} \right\}$$

also $W = \frac{20 \cdot 3965 + \text{Hyp.}}{1,23}$

Demnach für den Betrag der ersten Hypothek von 143 000 M.

$$W = \frac{20 \cdot 3965 + 143\,000}{1,23} = \text{rund } 181\,000 \text{ M.}$$

Das wäre der Wert, wenn sich die Gebäude in gutem Zustande befinden. Ist dies nicht der Fall, so sind die Kosten für die ordnungsmäßige Herstellung in Abzug zu bringen.

Handelt es sich um Grundstücke, die nicht voll bebaut sind, d. h. die nach der gültigen Bauordnung noch mit Gebäuden besetzt werden können, so ist die Grundfläche dieser Gebäude festzustellen und die dazu nötige Größe der Baustelle.

Der übrigbleibende Grund und Boden ist für sich zu bewerten.

Die hier zur Ansrechnung gekommene Formel hat naturgemäß nur Gültigkeit, wenn die Ansätze für die Zinsen der ersten Hypothek mit $4\frac{1}{2}$ v. H. sowie der dem Käufer zugebilligte Überschuß von 1 v. H. des Gebäudewertes den Tatsachen entspricht. Stellen sich diese Ansätze anders, so sind selbstverständlich die entsprechenden Werte richtig zu stellen. Die Formel selbst wird aber dadurch nicht berührt.

Sowohl bei den Gerichten als auch bei den Steuerbehörden sind meiste Gutachten nach dieser Anstellung stets anerkannt worden, und so kann ich deren Verwendung mit gutem Gewissen bestens empfehlen.

□ — □

Verschiedenes.

Für die Praxis.

Elastischer und feuersicherer Bedachungsstoff. Dachpappe ist bekanntlich beschlagnehm und außerdem auch selbst für Kriegsbauzwecke, für die sie ja freigegeben wird, sehr knapp. Es ist nun gelungen, einen vollwertigen Ersatzstoff zu schaffen, der die Eigenschaften der Dachpappe mit einer viel größeren Elastizität, als solche der Dachpappe eigen ist, verbindet und außerdem auch größere Feuersicherheit bietet. Papiergewebe, wie es in neuester Zeit Verwendung zur Herstellung von Papiersäcken u. dgl. findet, wird durch ein Gemisch von 15 bis 20 Teilen Zellulose, 50—60 Teilen Wasser und 25—30 Teilen Wasserglas gezogen. Jede Seite des durchgezogenen Gewebes wird nun mit einer Pappschicht bedeckt und, in Tafeln zerschnitten, gepreßt. Nach erfolgter Pressung und völligen Trocknung überzieht man die Tafeln mit einem Gудronanstrich, dem man auf 90 Teile 10 Teile Infusoriererde zugesetzt hat.

Plattenbelag auf Drahtgewebebeton. In den Vorräumen eines Fabrikgebäudes waren die Wände mit Wandplatten verkleidet, und zwar hatte man, um bei den in der Fabrik zu gewärtigenden Erschütterungen ein sicheres Haftten zu gewährleisten, die Wände mit Beton auf Drahtgewebe verkleidet und die Platten engfügig in den Beton eingedrückt. Nach etwa 8 Wochen traten Risse in den Platten auf, die den Belag von oben bis unten durchzogen. Die Ursache dieser unangenehmen Erscheinung ist in der starken Verbindung der Platten mit dem Drahtgewebebeton zu suchen. Durch die Witterungseinflüsse ist das Drahtgewebe wechselnden Spannungen ausgesetzt, die naturgemäß der Plattenbelag nicht mitmachen kann. Da die Platten außerdem engfügig in den Drahtgewebebeton eingedrückt waren, mußten die Spannungen ein Zerreißen des Belages herbeiführen. In solchen Fällen, besonders bei der Verwendung von Beton auf Drahtgewebe, das den Vorzug eines sicheren Haftens der Platten hat, müssen letztere mit größeren Fugen versetzt werden. Auch darf das Eindringen der Platten nicht in die auf dem Drahtgewebe aufliegende Betonschicht erfolgen, sondern es muß eine aus Traßzementbeton hergestellte elastische Mittelschicht gebildet werden, die zur Aufnahme des Plattenbelags dient. Der Traßzementbeton ist nachgiebiger als reiner Zementbeton und dadurch wird der Einfluß der in Drahtgewebe auftretenden Spannungen aufgehoben, so daß ein Reißen der Platten ausgeschlossen erscheint. R.

Behördliches, Parlamentarisches usw.

Ministerielle Anforderungen an kirchliche und Schulanbauten. Der Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten hat in einem Erlaß an den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen besondere Richtlinien für die Regelung des Verfahrens beim Wiederaufbau der durch den Russeneinfall zerstörten kirchlichen und Schulgebäude gegeben und als erhöhte bauliche Anforderungen solche der Gesundheit und Sittlichkeit bezeichnet. Inwieweit auch Anforderungen der Schulihygiene dazu zu rechnen sind, bleibt späterer Anordnung vorbehalten. Auf eine vorhandene gewesene besonders reiche Ausstattung ist billig Rücksicht zu nehmen. Bei der Vorbereitung der Wiederaufbauten ist dem zuständigen Bauberatungsamt (Bezirksarchitekt) Gelegenheit zu geben, seine Wünsche wegen Wahl des Bauplatzes, Bauhöhe und sonstiger, die hehnsche Bau-

weise berührenden Fragen geltend zu machen. Die Vorentwürfe sind, bevor der Auftrag zu ihrer ausführlichen Bearbeitung erteilt wird, dem Hauptbauberatungsamt in Königsberg zur Kenntnisnahme vorzulegen. Die Entwürfe der Bauwerke sind in allen Abmessungen ohne irgendwelche Raumverschwendung aufzustellen. Bei der äußeren Erscheinung wie in der inneren Ausstattung ist jeder überflüssige Aufwand an Architektur- und Schmuckformen zu vermeiden. Es sind auch Vorschriften der Erlasse über den Bau und die Einrichtung ländlicher Volksschulhäuser innezuhalten. Besondere Anlagen, soweit sie nicht vorgesehen sind (Brausebäder, besondere Schülerhygiene), dürfen ohne Genehmigung des Ministers nicht ausgeführt werden. Eine Vorlage der Bauentwürfe beim Minister ist nur erforderlich, wenn von den obigen Vorschriften abgewichen werden soll, oder wenn die staatlichen Leistungen den Betrag von 50 000 *M* im Einzelfalle überschreiten. P.

Rechtswesen.

sk. Der Provisionsanspruch des Architektenmäkers. Im Mittelpunkt eines heute vor dem Reichsgericht entschiedenen Zivilprozesses steht der Umbau des Hotels Bellevue in Coblenz im Jahre 1911. Der Architekt M.-E. hatte mit einem Agent H. ein Übereinkommen getroffen, daß dieser ihm Gelegenheiten zu Neu- bzw. Umbauten verschaffen und dafür 10 v. H. des Architektenhonorars erhalten sollte. Dies war auch hinsichtlich des Umbaus des Bellevue-Hotels verabredet. Nach Vervollendung des Umbaus, an welchem sich M.-E. mit eigenen Mitteln und dadurch, daß er eine Aktiengesellschaft zusammenbrachte, beteiligte, verweigerte M.-E. die Zahlung der 10 000 *M* betragenden Provision. Das Landgericht Cöln verurteilte zur Zahlung, das Oberlandesgericht Cöln wies die Berufung des beklagten Architekten zurück und zwar mit folgender Begründung:

Es kann dahingestellt bleiben, ob ein solches Versprechen gegeben worden ist; denn es muß als erwiesen angesehen werden, daß ein allgemeiner Brauch besteht, wonach der Makler von dem Architekten, dem er eine Baugeslegenheit zuführt, Provision in dieser Höhe erhält, so daß die Zusage hinsichtlich des Hotels Bellevue sich nur als Ausfluß dieses Brauches darstellen würde. Das erkennende Gericht hat Gutachten von zwei Sachverständigen eingeholt. Aus dem des ersten Sachverständigen ergibt sich, es sei ihm nicht bekannt, daß der Gebrauch, wonach der Architekt dem Makler 10 v. H. zu zahlen habe, sich nur auf Fälle beschränke, in welchen der Architekt als solcher in Tätigkeit tritt, die Bauleitung übernimmt usw., daß er sich aber nicht auf diejenigen Fälle beziehe, in denen der Architekt sich bei dem Unternehmen selbst finanziell beteilige. Mangels einer anderweiten Vereinbarung gelte als feststehend, daß die Provisionszahlung in beiden Fällen ganz allgemein sei. Dieser Sachverständige bezeugt also das Bestehen des fraglichen Brauchs und dafür spricht auch das Zeugnis des zweiten Sachverständigen, der selbst stets 10 v. H. Provision zahlt. Dieser verneint auch bestimmt, daß die Provisionszahlung ent falle, wenn der Architekt bei der Ausführung des Baues, wie es vorliegend der Fall ist, finanziell beteiligt sei, falls nicht etwas anderes vereinbart ist. Der Senat trägt kein Bedenken, sich diesen Gutachten anzuschließen. Es ist abzuwägen, wenn der Beklagte meint, das erste Gutachten sei wertlos, da es mit den Worten beginne, es sei dem

Gutachter „unbekannt . . .“. Man kann daraus nicht schließen, daß der Gutachter keine Sachkenntnis auf dem Gebiete des Bauwesens habe. Er ist dem Gericht als unbedingt zuverlässiger, sachkundiger Gutachter von Ruf bekannt; die erforderliche Erfahrung kann er auf mancherlei Wegen gewonnen haben. Daß er sie nicht besitzen hätte, ist aus nichts zu schließen. Daß der fragliche Brauch auch bei finanzieller Beteiligung gilt, entspricht auch der Natur der Sache, da nicht einzusehen ist, warum er in diesem Falle ausgeschlossen sein sollte. Daß der Auftrag zum Umbau des Hotels dem Beklagten vom Kläger zugeführt worden ist, kann keinem Zweifel unterliegen. Aus allen diesen Gründen ist der Anspruch des Klägers dem Grunde nach gerechtfertigt.

Der Beklagte legte gegen diese Entscheidung Revision beim Reichsgericht ein; sie wurde heute vom III. Zivilsenat des höchsten Gerichtshofes als unbegründet zurückgewiesen. (Urteil des Reichsgerichts vom 17. Oktober 1916, Aktenzeichen III. 164/16. — Nachdruck verboten.)

Verschiedenes.

Der Stand der Kleinsiedelungstätigkeit in Preußen. Wie wir erfahren, hat die Kleinsiedelungsbewegung in Preußen während der Kriegsjahre ganz erstaunliche Fortschritte gemacht. Die Zahl der gegenwärtig tatsächlich vorhandenen oder in Herstellung begriffenen und durch Gesellschaftsgründungen im Aufbau verbürgten Kleinsiedelungen, Kriegerheimstätten und Siedelungsstätten für Kriegsverletzte und Kriegerwitwen hat bereits die 6000 überschritten. In hervorragender Weise ist an dieser Spielart der inneren Kolonisation in Preußen die Preußische Ansiedelungskommission, deren Tochterunternehmen in den einzelnen Provinzen den Boden für die Gründungen ebnete, beteiligt. Die Nachfrage nach Kleinsiedelungen in Preußen ist im allgemeinen verhältnismäßig sehr reg. Die in Frage kommenden Ansiedelungsstellen bestehen durchweg aus einem Ein- oder Zweifamilienhaus, einem Wirtschaftshäuschen und dazu gehörigen 2 bis 10 Morgen Acker- und Gemüseland. Besonders nach dem Kriege dürfte ein sehr starkes Aufblühen der Kleintierzucht durch diese Kleinsiedelungen zu erwarten sein.

Verarbeit zur Übergangswirtschaft im Baugewerbe. Zu den Gewerkschaften, die an der Bewilligung aller Fragen der Übergangswirtschaft tatkräftig mitzuwirken beabsichtigen, gehören vor allen Dingen diejenigen des Baugewerbes. Zu diesem Zwecke haben sich 16 Verbände der am Baugewerbe interessierten Arbeiter mit einer Eingabe an das Reichswirtschaftsamt gewandt, die eine Anzahl von Vorschlägen für die Übergangswirtschaft enthält. Diese Eingabe legt u. a. auch den Wunsch, der Reichszentrale für Übergangswirtschaft eine besondere Abteilung für das Baugewerbe anzuschließen, in der neben Arbeitgeber und Vertretern der Baustoffgewerbe sowie der öffentlichen Arbeitgebervertreter Aufnahme fänden.

Inhalt.

Abgehandene Gerüste. — Landhaus in Oberseidorf i. Rsgb. — Die Wertberechnung bebauter Grundstücke. — Verschiedenes.

Abbildungen.*

Blatt 163 — 164. Architekt Herbert Strumpf in Breslau. Landhaus in Oberseidorf i. Rsgb.

* Nach § 18 des Kunstschutzesetzes ist ein Nachbater nach den hier abgebildeten Bauwerken und wiedergegebenen Plänen unzulässig.